

## ***Überraschende Effekte der Arbeitsmarktöffnung***

**Die Prognosen für die Arbeitsmarktöffnung waren falsch, das Lohn- und Sozialdumpinggesetz weist noch Mängel auf, und auch die Ungarn hätten die Übergangsfristen lieber wieder zurück. Dies waren nur einige der verblüffenden Erkenntnisse, die eine grenzüberschreitende Diskussionsveranstaltung zum Thema Arbeitsmarktöffnung ans Licht brachte, die am 13. Oktober im WIFI Mödling unter dem Titel „Impuls? Integration? Konkurrenz? Die Auswirkungen offener Arbeitsmärkte auf den grenznahen Wirtschaftsraum zwischen Österreich und Ungarn“ stattfand.**

Es hieß, dass im Laufe des ersten Jahres nach Wegfall der so genannten Übergangsfristen\* etwa 20.000 bis 25.000 neue Arbeitskräfte nach Österreich kommen würden – so viele kamen tatsächlich bereits in den ersten drei Monaten, berichtete DI Hubert Herzog vom Arbeitsmarktservice NÖ. Auch Verdrängung fand statt – vor allem im Bereich der gering Qualifizierten, vorrangig in Regionen mit viel Industrie. Auch in Ungarn spürt man die Arbeitsmarktöffnung. Der Fachkräftemangel spitze sich dort zu, so Tamás Rodler, beauftragter Direktor des Arbeitspolitischen Zentrums des Regierungsamtes vom Komitat Vas - und man blicke wehmütig auf die Arbeitsmarkt-Barrieren zurück, für die man Österreich die Jahre zuvor kritisiert habe.

In einem Punkt waren sich Unternehmer wie Franz List, Geschäftsführer der List Holding GmbH in Edlitz, und Mitarbeiter des Arbeitsmarktservice einig: jene, die jetzt noch versuchen, in Österreich Arbeit zu finden, kommen mit nur sehr geringen Qualifikationen. Sie sprechen kaum bis gar nicht deutsch, haben – wenn überhaupt – eine Ausbildung abgeschlossen, mit der sie auch in Ungarn keine Stelle finden können. Krisztian Rusko vom AMS Burgenland und Bertold Dallos vom ÖGB Burgenland präzisierten: es sind zum Teil Menschen, die in Ungarn ums finanzielle Überleben kämpfen, und auf gut Glück alle ihre Zelte in Ungarn abbrechen, um in Grenznähe und, so die Hoffnung, Nähe eines Arbeitsplatzes zu kommen.

Ohne ungarische Arbeitskräfte wäre für manche Betriebe, wie etwa die List Holding, ein erfolgreiches Wirtschaften undenkbar, so Geschäftsführer Franz List: „Wir haben in Österreich zur Zeit 550 Mitarbeiter aus insgesamt zehn Nationen, darunter 41 mit ungarischer Staatsbürgerschaft. Wir könnten unser Wachstum in diesem Bereich mit österreichischen Fachkräften alleine nicht erfüllen, das würde nicht funktionieren. Wir sind mit unseren ungarischen Mitarbeitern sehr zufrieden und werden noch viele weitere aufnehmen.“ List betonte aber, er würde niemals gute, qualifizierte Mitarbeiter durch andere ersetzen, bloß weil diese für weniger Geld arbeiten.

Mit dem Datum der Arbeitsmarktöffnung trat das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes (LSDBG), das zeitgerecht zur Arbeitsmarktöffnung mit Lohndumping und Schwarzarbeit aufräumen sollte, in Kraft. Wolfgang Steiner, Leiter der Finanzpolizei Baden/Mödling, bemängelt folgendes: „Es ist nicht verwunderlich, dass es bis heute zu wenigen Anzeigen gekommen ist. Wir treffen bei Kontrollen vor Ort hauptsächlich Selbständige an, die zwar nicht wissen, was auf ihrem Gewerbeschein steht, aber sie haben einen. Und wenn der 3 Euro Stundenlohn verrechnet, kann ich auch nichts machen, denn er kann seinen Lohn selbst festlegen.“ Auch die Lohngrenze, die das Gesetz bei mindestens 800 Euro netto im Monat ansetzt, findet er zu gering: „Rechnet das um, kommt man auf vier Euro irgendetwas pro Stunde.“ Und das sei dann legal und falle nicht unter Lohndumping. Würden mehr Prüfer zur Verfügung stehen, und man auch mehr Zufallskontrollen machen können, würden auch mehr schwarze Schafe aufgedeckt werden, so die Experten von Gebietskrankenkasse und Finanzpolizei. Aber der Vollzug des LSDBG kam bei den meisten Behörden nur als zusätzliche Aufgabe dazu.

Einen positiven Ausblick gab Dr. Christian Helmenstein, Chefökonom der Industriellenvereinigung, zum Schluss: er glaube nicht, dass Österreichs Wirtschaft in der nächsten Zeit auf eine Rezession zusteure, und hält die negativen Prognosen für medial gepusht.

Die Veranstaltung wurde organisiert durch den Regionalen Entwicklungsverband Industrieviertel im Rahmen des Projektes „NetLab“ (Network for Labourmarket Cooperation AT-HU), das durch das Programm zur grenzüberschreitenden Kooperation Österreich-Ungarn 2007-2013, durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, und die Republik Ungarn finanziert wird.



Weitere Informationen:

Mag. Barbara Maca  
Regionaler Entwicklungsverband Industrieviertel-Projektmanagement  
0676 81220555  
[b.maca@industrieviertel.at](mailto:b.maca@industrieviertel.at)  
[www.netlab-online.eu](http://www.netlab-online.eu)  
[www.industrieviertel.at](http://www.industrieviertel.at)

\* Übergangsfristen: diese beschränkten insgesamt 7 Jahre lang den freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt für Staatsangehörige aus den NMS, den 10 neuen Mitgliedstaaten, die 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, darunter u.a. Tschechien, Slowakei, Ungarn.